



(Foto: Boris Bocheinski)

Werner Bergmann
ist Professor an
der Technischen
Universität Berlin und
Mitarbeiter des Zentrums
für Antisemitismusforschung.
Für die EU verfasste
er eine Studie über
Antisemitismus, die nun
nicht veröffentlicht wird.

ANTISEMITISMUSFORSCHUNG

"Schweigen ist keine Lösung"

w maxx: *Das EUMC will Ihre Studie aufgrund mangelnder Qualität nicht veröffentlichen. Sind Sie persönlich mit dem Werk zufrieden?*

Werner Bergmann: Wir haben nicht den Anspruch erhoben, das gesamte Phänomen des Antisemitismus in Europa zu untersuchen. Unsere Aufgabe war es, die Welle des Antisemitismus im Frühjahr 2002 zu untersuchen. Inzwischen sind die antisemitischen Aktivitäten wieder zurückgegangen. Doch es gibt genügend Hinweise, dass die dahinter liegenden ideologischen Strukturen latent weiter existieren.

Waren Sie von den Ergebnissen überrascht?

Nein, eigentlich nicht. Wir forschen seit 20 Jahren zum Thema Antisemitismus in Deutschland und haben unser Wissen in die EUMC-Studie einfließen lassen.

Ihnen wird vorgeworfen, dass das Datenmaterial zu dünn ist, um eindeutige Schlüsse zu ziehen.

Dieser Vorwurf ist äußerst merkwürdig. Die Daten wurden uns schließlich vom Auftraggeber geliefert. Da wäre etwas mehr Selbstkritik von Seiten des EUMC angebracht.

Über Luxemburg stehen zwei Seiten in Ihrem Bericht. Haben Sie dort eigene Untersuchungen durchgeführt?

Nein, wir haben in der Regel die Daten der jeweiligen Länderberichte ausgewertet. In Ländern wie Luxemburg, in denen es selten zu antisemiti-

schen Vorfälle kommt, ist die Aufmerksamkeit für das Thema natürlich geringer. Daraus kann man jedoch nicht schließen, dass Antisemitismus dort nicht existiert. Man fühlt sich nicht so gemüßigt, Umfragen zum Thema zu machen. Das ist in Deutschland oder Frankreich anders.

In der Studie benennen Sie einen Teil der Tätergruppe als "junge Muslime", oder "arabische oder nordafrikanische muslimische Migranten" etc. Das EUMC unterstellt Ihnen in diesem Punkt Verallgemeinerungen, in der Art wie sie stets im Kampf gegen Rassismus oder Antisemitismus abgelehnt worden seien.

Diesen Vorwurf weisen wir kategorisch zurück. Wir haben nicht gesagt, "die Moslems" oder "alle Araber in Europa" sind antisemitisch. Wenn man jedoch die Tätergruppen in einigen europäischen Ländern untersucht, stellt man nun einmal fest, dass darunter Angehörige der arabisch-muslimischen Minderheit sind. Sollte man das dann verschweigen? Man kann nicht jeden einzelnen Täter namentlich aufführen. Wir sprechen auch von Antisemitismus in der rechtsextremen Szene und in der radikalen Linken. An solchen Formulierungen hat sich aber niemand gestört. In der Zusammenfassung einer solchen Arbeit nimmt man zwangsläufig bestimmte Generalisierungen vor.

Leisten Sie mit Ihrer Studie der Islamophobie Vorschub?

Ich hoffe nicht. Ich verstehe aber, dass es hier Bedenken gibt. Es gibt viele Gründe, Angehörige von Gruppen, die selbst diskriminiert werden, nicht auch noch mit einem solchen Vorwurf zu belasten. Dennoch darf man deshalb nicht plötzlich einen anderen Maßstab ansetzen. Das Problem des Antisemitismus in Teilen solcher Minderheiten kann man sicher nicht durch Stillschweigen lösen.

Das EUMC kritisiert auch die von Ihnen angewandte Definition für Antisemitismus. Würden Sie diese im Nachhinein anders formulieren?

Nein, das ist eine international anerkannte Definition, die wir nicht erfunden haben. Auch dieser Vorwurf ist in unseren Augen lediglich der Versuch, unsere Arbeit im Nachhinein zu diskreditieren. Interessant ist, dass das EUMC selbst die Länderstudien in Auftrag gegeben hat, ohne eine Definition über Antisemitismus vorzugeben. Jedes einzelne Land hat sozusagen seine eigene entwickelt. Das hat aber damals niemanden gestört.

Wieso will denn das EUMC jetzt nichts mehr mit den Resultaten der Studie zu tun haben?

Die Definition selbst ist nicht das Problem sondern vielmehr die Frage, was man ihr alles zuordnet. Es gab beispielsweise immer wieder Meinungsverschiedenheiten über die Frage: Wo wird Israel-Kritik antisemitisch? Diese Grenze ist unklar

und politisch umkämpft. Deshalb haben wir Kriterien aufgestellt, ab wann unserer Meinung nach die Grenze zum Antisemitismus überschritten ist.

Welche Kriterien zum Beispiel?

Wenn man Juden in den europäischen Städten wegen der israelischen Politik angreift, dann findet eine Kollektivierung statt. Man macht sozusagen alle Juden für das Vorgehen des israelischen Staates haftbar. Das ist für uns ein klares Merkmal von Antisemitismus.

Im Luxemburger Länderbericht wird ein Brief an die jüdische Gemeinde mit dem Titel "Nieder mit Sharon" erwähnt. Sie kommen zu dem Schluss, dieses Schreiben sei eine politische Stellungnahme und nicht als antisemitisch zu werten. Hier wurde aber auch Israel-Kritik an eine jüdische Organisation gerichtet.

Das ist sozusagen ein Grenzfall. Zweifellos hat sich der Verfasser des Briefes in der Adresse geirrt. Er identifiziert die Juden mit der Politik Israels und somit könnte man hier auch von Antisemitismus sprechen.

Der Besuch in Konzentrationslagern mit ehemaligen Luxemburger Inhaftierten wird als "wichtiger Beitrag, die Wachsamkeit der jungen Menschen gegenüber Problemen wie Antisemitismus zu erhöhen" gewertet. Ist das nicht etwas voreilig?

In gewisser Weise schon. Denn auch wir wissen natürlich, dass Jugendliche durch KZ-Besuche nicht gegen Antisemitismus "immunisiert" werden. Wir hatten die Vorgabe, Empfehlungen für Maßnahmen gegen Antisemitismus zu geben. So etwas macht man als Wissenschaftler nicht sehr gerne, und ich würde mich im Einzelnen auch nicht dafür verbürgen, welche Effekte bestimmte Maßnahmen haben können. Wir haben hier die Angaben

in den jeweiligen Länderberichten übernommen.

In der Studie stellen Sie fest, dass sich auch Globalisierungskritiker antisemitischer Stereotypen bedienen.

Dafür gibt es mehrere Hinweise. Es waren unter anderem die Diskussionen innerhalb von Attac Deutschland, die uns darauf aufmerksam gemacht haben. Auf Demonstrationen, zu denen Attac aufgerufen hatte, sind teilweise auch Rechte mit eindeutig antisemitischen Stellungnahmen mitmarschiert. Inzwischen hat man das Problem bemerkt und diskutiert darüber - das ist ein positives Zeichen.

Die Annahme, dass die USA und Israel enge Verbündete sind, liefere Motive für weitere antisemitische Haltungen, heißt es in der

Studie. Antiamerikanismus und Antizionismus seien in der Linken eng liiert. Woraus leiten Sie hier die antisemitische Einstellung ab?

Häufig gesellen sich zur Kritik an der israelischen und amerikanischen Politik Weltverschwörungstheorien. Da wird angedeutet, die Juden würden die amerikanische Regierung beherrschen. Bei der IWF-Konferenz in Davos bauten beispielsweise die Weltwirtschaftskritiker ein goldenes Kalb auf, um das Rumsfeld- und Sharon-Masken herum tanzten. Da fragt man sich, wieso ausgerechnet Israel, das sicher nicht zu den reichsten Nationen gehört, herausgegriffen wurde.

Wie schätzen Sie denn nun das antisemitische Potential in der EU heute ein?

Durch den Nahostkonflikt ist das Thema Antisemitismus zu einer Art Dauerthema geworden. Man kann sagen, dass innerhalb der Kritik an der israelischen Politik antisemitische Stereotype und Vorurteile Äußerungschancen bekommen.

Die Studie wird nun fortgesetzt, es fand bereits eine neue Ausschreibung statt. Haben Sie sich beteiligt?

Nein, es wird keine Kooperation mehr mit dem EUMC geben. Wir haben ohnehin bis heute keine offizielle Mitteilung über den weiteren Werdegang der Studie bekommen. Aus der Tatsache, dass eine neue Studie ausgeschrieben wurde, haben wir überhaupt erst geschlossen, dass unsere Studie wohl nicht veröffentlicht wird. Jetzt sind wir gespannt, was dabei herauskommen wird. Ich bin mir relativ sicher: Das Resultat wird ähnlich ausfallen.

Interview: Danièle Weber

Unbequeme EU-Studie

Im März 2002 gab das European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) aufgrund zunehmender antisemitischer Vorfälle beim Zentrum für Antisemitismusforschung die Studie "Manifestations of anti-Semitism in the European Union" in Auftrag. Die Berliner ForscherInnen werteten Berichte aus den 15 Ländern der EU aus und fanden heraus, dass sich tatsächlich im Zuge des sich zuspitzenden Nahost-Konflikts antisemitische Angriffe und Äußerungen in manchen Ländern in der EU häuften. Unter den Tätern machten sie neben Rechtsextremen auch Vertreter aus der linken Szene sowie aus islamistischen Kreisen und moslemischen Minderheiten aus. Unter anderem wegen dieser Täterbeschreibung will das EUMC nun nichts mehr von der Studie wissen. Die EU-Behörde mit Sitz in Wien hielt die Studie monatelang unter Verschluss. Aus Angst vor Konflikten, so wird vermutet. Vergangene Woche setzte sie unter anderem der European Jewish Congress ins Internet, auf Druck der Medien kann sie nun auch von der Homepage des EUMC (www.eumc.eu.int) heruntergeladen werden - versehen mit einem "Disclaimer", der nicht mit Kritik an der Arbeit des Zentrums für Antisemitismusforschung spart. Dabei handelt es sich um "vorgeschobene Argumente", meint einer der AutorInnen der Studie, Werner Bergmann, mit dem die maxx sprach.